



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Bismarck, G.v.: Zur Schicksalsstunde des ehemaligen Königreich
Hannover 1.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

zu stören, und die „gewaltige“ englische Koalition verschwand hinter einem Häufchen Zeitungspapier. Unsere Diplomatie hat sich als gut unterrichtet erwiesen, ihrer würdevollen Haltung dankt Deutschland und mit ihm ganz Europa den Frieden. Aber das deutsche Volk dankt ihr auch das erhebende Bewußtsein, nach außen hin stark genug zu sein, um im Innern einen tiefgehenden Reinigungsprozeß durchmachen zu können.

Berlin, den 27. Juni 1909

G. C. I.



Zur Schicksalsstunde des ehemaligen Königreichs Hannover

Von G. v. Bismarck

1



Als König Georg von Hannover im Jahre 1866 den Entschluß faßte, die preußischen Vorschläge schroff zurückweisen zu lassen, hoffte er auf Österreich und — auf Frankreich. Auch nachdem er sein Land verloren hatte, setzte er seine Hoffnung auf das Ausland. So schreibt er in dem letzten seiner sieben Briefe, dem vom 13. Juni 1869, an seinen in Paris lebenden Agenten Meding:*) „Da ich nur das eine Ziel mit der strengsten Konsequenz und nie ermattender Energie verfolge, unter Gottes gnädigem Beistand und Segen ein großes und mächtiges Welfenreich wiederherzustellen und meinen Thron wieder aufzurichten, sowie von den teuern Meinigen umgeben als König in alter Selbstständigkeit und Unabhängigkeit zu meinem teuern und so beispiellos treuen Volke heimzukehren, überdies auch mit des Allmächtigen Hilfe meinen Thron und mein Reich mit eignen Waffen als Verbündeter Frankreichs und Österreichs mir wieder zu erobern.“ Die Ereignisse der Jahre 1870/71 haben diesen Zielen alle Voraussetzungen abgeschnitten. Der blinde Monarch jedoch war und blieb das Opfer welfischer Starrköpfigkeit, romantischer Auffassungen und gänzlich unzulänglicher Ratgeber.

Nun befand sich König Georg in der Lage, an seinem Hoflager einen Gesandten Preußens beglaubigt zu sehen, dem unbedingt Vertrauen zu schenken er wohl alle Ursache gehabt hätte; auch dann noch, als die durch eigne und seiner Berater Schuld schon aufs Äußerste gespannten Beziehungen mit dem mächtigen Nachbarstaate den Bruch fast unvermeidlich erscheinen ließen. Dieser preußische Gesandte, der Prinz Gustav Hsenburg-Büdingen, hatte es sich stets

*) Veröffentlicht in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung vom 3. und 4. November 1874, abgedruckt bei Regidi, Band III, Nr. 10225.

angelegen sein lassen, die staatlichen wie die persönlichen Beziehungen der beiden nah verwandten Häuser aufrecht zu erhalten und Verstimmungen auszugleichen. Und andererseits hatten sich beide, der König und seine Gemahlin, in Anerkennung solcher von Erfolg gekrönten Bemühungen immer dankbar erwiesen; so zwar, daß zu dem vornehmen, ungewöhnlich liebenswürdigen, offenen, keiner Hinterhältigkeit fähigen Manne sich nicht nur ein freundliches, sondern sogar wahrhaft freundschaftliches Einvernehmen herausbilden konnte. Aber gerade diese Eigenschaften des Gesandten mögen wohl auch dazu verleitet haben, in dessen bescheidenen, äußern Persönlichkeit den in altpreussischer Pflichttreue und Disziplin erzogenen Beamten falsch einzuschätzen, zu verkennen. Weniger vielleicht seitens des königlichen Ehepaars als der führenden, altständischen Adels- und Beamtenkoterie, jener „Perücken von Hannover, die, wie Friedrich der Große schon sagte, immer und mit allem einen Posttag zu spät kommen“. Die Versuche dieser Kreise, den Gesandten mit glatt-höfischem Entgegenkommen einzuwickeln, ihn über ihre wahren Gesinnungen zu täuschen, sind freilich mißlungen.

Prinz Osnenburg nahm später in vertrautem Kreise zuweilen Gelegenheit, auf die Katastrophe von 1866 und die Art, wie sie sich seit einem Menschenalter schon vorbereitete, zurückzukommen. Besonders dann, wenn die immer an der Arbeit befindliche welfische Publizistik gerade solche Vorgänge und Tatsachen zu entstellen oder zu verschleiern suchte, die er doch sehr genau kennen mußte. Immer natürlich innerhalb des Rahmens gebotner Diskretion und des Taktes. Bei solchen Gelegenheiten bediente er sich zur Verständlichung der partikularistischen Irrgänge jener Staatsleitung kurzer geschichtlicher Exkurse, in denen er die „auf einer bestimmten Tradition beruhenden Aspekte des Königshauses und der jeweiligen maßgebenden Persönlichkeiten in Auffassung und Behandlung der deutschen Angelegenheiten“ Schritt für Schritt beleuchtete.*)

Als den sich durch die gesamte Politik Hannovers hindurchziehenden Faden wies der Prinz auf jene rein dynastisch gearteten Bestrebungen hin, wie sie in unmittelbarer Anlehnung an die englische Festlandspolitik ihren Rückhalt fanden. Es waren Ziele, die seinerzeit Graf Herbert Münster, der englisch-hannoversche Vertreter beim Wiener Kongreß 1814 sowie in Paris 1815, so energisch zu verfolgen mußte. Das Inselreich hat ja eine machtvolle Erstarkung Deutschlands von jeher gefürchtet und tatsächlich lange zu hintertreiben gewußt. Es bediente sich dieses an sich tüchtigen, in vieler Hinsicht verdienstvollen Ministers, indem es dessen tiefe Abneigung gegen Preußen geschickt zu verwerthen verstand. Graf Münster war es, der auf dem Wiener Kongresse dem gegen Preußen gerichteten geheimen Januarbündnis Frankreichs, Englands und Österreichs am eifrigsten das Wort redete und mit der Bemerkung beitrug: „Wir spielen

*) Der Prinz bekleidete nach dem Kriege 1866 bis zu seinem am 1. Januar 1883 erfolgten Ableben den Gesandtenposten in Oldenburg, wo ihm in besondrer Veranlassung der Schreiber dieser Zeilen persönlich näher getreten ist.

eine partie en trois; ist der Feind geschlagen, so geht es gegen den Freund.“ Bekanntlich verhinderte nur die Landung Napoleons den Krieg, zu dem schon gerüstet wurde. Denselben Grafen Münster entstammt jenes kühne Projekt, mit dem er schon im Jahre 1809 die Phantasie seines Londoner Herrn be- rauschte, und das seitdem in den Köpfen aller hannoverschen Politiker weiter- gespult hat, ja, wie der oben zitierte Brief an Meding zeigt, auch in dem König Georgs. Das war die Wiederherstellung eines großen welfischen Reiches an der Nordsee.

Dieses Küstenreich, vom Umfange etwa des Besitzes Heinrichs des Löwen, des großen Ahnherrn der Dynastie, sollte außer Hannover und Braunschweig auch Westfalen und die Niederlande umfassen, das gesamte Gebiet also zwischen der untern Elbe und der Schelde. Hatte dieses Projekt im Laufe der Begeben- heiten auch eine Einschränkung erfahren müssen, so blieb doch der Grundgedanke unvermindert bestehn. Dynastisch-partikularistisch mit ultramontanem Einschlag, war diese Idee, ebenso wie schon vor sechshundert Jahren, bei seiner unmittel- baren Anlehnung an das Ausland, gegen die vitalsten Interessen Deutschlands gerichtet. Somit haben also die Ursachen des jähen Sturzes des Löwen keine warnende Wirkung auszuüben vermocht. Vielmehr erschienen die Aus- blicke, die eine derartige, wenn auch zunächst nur auf rein deutsche Gebiete beschränkte Machtkonstruktion eröffneten, verführerisch genug: eine starke dem preußischen Staate auf dem Meere, von dem er abgesperrt war, überlegne, zu Lande mindestens gewachsne Macht. Sie bildete zugleich die natürliche Macht- und Verkehrsbrücke Englands zum Festlande. Und warum hätte die Ver- wirklichung eines solchen Planes nicht auch möglich sein sollen? War auch der König von England nicht mehr zugleich Kurfürst von Hannover, so blieb doch mit der Dynastie die Interessengemeinschaft dieselbe. Und mußte die territoriale Lage Hannovers als eines in den langgestreckten, magern preußischen Staatskörper hineingetriebnen Keils nicht als viel zu glücklich und zukunftsver- heißend betrachtet werden? Hatte endlich die englisch-hannoversch-österreichische Diplomatie im Jahre 1815 die Verbindung der preußischen Staatshälften etwa umsonst zu hintertreiben gewußt? Darüber war sich England völlig im klaren: wuchs ein territorial, militärisch und wirtschaftlich erstarktes Preußen erst einmal in Deutschland hinein, so übernahm es auch dessen Führung. Wurde Deutschland dann einig, so hörte es auch auf, Englands bestmögliche Ruh zu sein. Vorbei war es dann mit dem kostbaren Monopol des Zwischen- handels; aus mit dem ungeheuern Nutzen, den der nebenbei systematisch be- triebene und begünstigte Schleich- und Schmuggelhandel ihm die Tasche füllte, jenem alle Moral abstumpfenden Schaden, der, giftigen Pilzwucherungen gleich, ganz Deutschland durchsetzte. Zu Ende schließlich auch mit der bisherigen, blöden Bereitwilligkeit Deutschlands, Blut und Waffen weiterhin in den Dienst der klug verhüllten Pläne Englands zur bedingungslosen Alleinherrschaft über die Meere zu stellen.

Da setzt nun die Gründung des Zollvereins durch Preußen ein, dieses klug und weitsichtig angelegten, unter tausend Hindernissen mit unendlicher Zähigkeit und Geduld durchgeführten Einigungswerks auf wirtschaftlichem Gebiet, als Vorstufe für das künftige nationale.

Es ist diese Tat Preußens von England immer als ein höchst eigenmächtiger Eingriff in seine gesamte deutsch-merkantile Ausbeutungssphäre sowohl wie in die ihm als besonders bevorrechtet geltende von Hannover empfunden worden. Deshalb befand sich, neben Sachsen und Kurhessen, Hannover in der vordersten Reihe aller gegen die Zollpolitik Preußens gerichteten, von Österreich unterstützten feindseligen Bestrebungen. Einen Beweis, wie tief eingewurzelt die Abneigung war, sich an Preußen anzulehnen, gab der König von Hannover selbst. Er holte nämlich die Ansicht des greisen Herzogs von Wellington darüber ein, ob es nicht gut wäre, wenn Hannover bei der Vereinbarung mit Preußen, zu der es augenblicklich (1848/49) gezwungen sei, freie Hand behalte, um Österreich Zeit zu geben, seinen Einfluß wieder geltend zu machen. Der Herzog gab ihm zu bedenken, daß es ungewiß sei, ob Österreich bei der geographischen Lage seines Staates imstande sein werde, ihn dann gegen Preußen zu schützen. Die Unterlassung leidenschaftsloser Prüfung dieser reinen Machtfrage sollte ihm später zum Verderben gereichen. Jedenfalls beharrte Hannover, indem es die Hoffnung, durch Auflösung des Zollvereins die politische Stellung Preußens geschwächt zu sehen, nicht aufgab, in seiner zurückweisenden Haltung. Erst durch das kraftvolle Auftreten des preußischen Ministers des Auswärtigen wurde dieser Widerstand überwunden. So war denn die Handelseinheit Deutschlands nach vierzigjährigem Federkriege zur endgiltig vollendeten Tatsache geworden. Seitdem drängte die schnelle Aufeinanderfolge der politischen Ereignisse und die geschickte Art, wie sie preußischerseits konsequent nach einem Ziele hin gestaltet und verwertet wurden, fast mit elementarer Gewalt auf die Beseitigung des naturwidrigen österreichisch-preußischen Dualismus. Es handelte sich um den Austrag der Frage, wer zur Führerschaft in Deutschland auch in politischer Hinsicht das Zeug habe und deshalb berufen sei, künftighin „Hüter und Mehrer des Reiches“ zu sein.

Schon längst war ja Österreich seinem traditionellen deutschen Verufe durch das Schwergewicht seiner außerdeutschen Kronländer entfremdet worden. Aber es konnte ihm auch nicht verargt werden, daß es Stellung und Einfluß in Deutschland mit allen Mitteln zu behaupten, ja auszudehnen den Willen zeigte. Von diesem Standpunkte aus wurden demnach, ebenso wie beim Zollstreit, alle Fragen behandelt. Der guerillakriegsmäßig geführte Federstreit um die Reform der Bundesverfassung ist sonach nur die Einleitung zum gewaltfamen Austrage gewesen.

Da gab die Aufrollung der schleswig-holsteinischen Angelegenheit den unmittelbaren Anlaß zum offenen Kampfe um die Vorherrschaft in Deutschland.

Die Gruppierung der Staaten bei ihrer Parteinahme vor und bei Ausbruch des Deutschen Krieges gestaltete sich fast völlig gleichartig derjenigen beim Kampfe um den Zollverein. Auf preußischer Seite seine alten Zollverbündeten, in Österreichs Lager die bewährten Feinde und Neider des norddeutschen Nebenbuhlers; also je nach den durch die geographische Lage gegebenen Einfluß- und Machtphären der beiden Großmächte. Daneben trieben alte Stammes- und Konfessionsfeindschaften ihr sonderbares Wesen, nicht minder jene aus den wunderbarlichsten Beweggründen entsprungenen „querelles allemandes“, wie sie zur weidlichen Belustigung des Auslands immer einen so breiten Raum im deutschen Bundesleben in Anspruch nahmen. Und wie sich von selbst versteht, hatte der unveröhnliche Gegner, der Todfeind der evangelischen Vormacht, der Ultramontanismus, indem er sich nach seiner Gepflogenheit weiblicher Einflüsse bediente und Bolte schlagend die Karten mischte, seine unsaubere Hand im Spiele. Schien es doch, als ob das Schicksal alle Zwistigkeiten einer anderthalbtausendjährigen Vergangenheit auf eine kurze Zeitspanne noch einmal zusammengedrängt habe, um den Deutschen die Unfruchtbarkeit partikularistischen Haders deutlich vor Augen zu führen; um ihnen nahezu legen, daß von dem Baume ihrer nationalen Hoffnungen zuvor alle wurmfressigen Früchte zu beseitigen seien, wenn die gesunden zur Reife gelangen sollten.

In dem je länger je mehr sich zuspizenden Verhältnisse Hannovers zu Preußen kam der uralte Gegensatz des partikularistischen, reichszentrifugalen Wesentums zur ghibellinischen Sache der Hohenzollern zum modernen Ausdruck.

Es ist längst erwiesen, daß bei der bevorstehenden, von Preußen herbeigeführten Auseinandersetzung mit Österreich an eine Einverleibung ganzer gegnerischer Staaten, ohne jede Ausnahme, bis in die Mitte des Monats Juli nicht gedacht worden ist. Weder vom Grafen Bismarck, am allerwenigsten von König Wilhelm, der sich nach harten Kämpfen mit sich und der königlichen Familie nur schwer und fast zu spät hatte entschließen können, überhaupt das Schwert zu ziehen.

Das preußische Vorgehen ist in seinen Maßnahmen und Zielen von Anfang an immer nur von der Verwirklichung des deutsch-nationalen Zusammenschlusses gegen das Ausland beherrscht gewesen. Nach und nach erweitert, hat es schließlich in der am 10. Juni vorgeschlagenen, den Machtverhältnissen Deutschlands entsprechenden Bundesreform unter Ausschluß Österreichs und Annexion Schleswig-Holsteins seinen Ausdruck gefunden. Weitere Ziele in Norddeutschland als die zunächstliegenden der militärischen Sicherung sind bei dem bevorstehenden Zusammenstoße mit Österreich erwiesenermaßen nicht gesteckt worden. Denn da es sich in Hinblick auf das numerische Übergewicht der Gegner letzten Endes um die Existenz handelte, gebot es schon die Selbsterhaltung, sich in Norddeutschland unbedingt den Rücken zu decken. Deshalb mußten die dort vorhandenen, in ihrer Haltung zweifelhaften Staaten Farbe zu bekennen gezwungen, und deren Streitkräfte, sofern sie den an sie gestellten Anforderungen

der Sicherheitsgewährleistung nicht entsprachen, militärisch unschädlich gemacht werden. Und gerade Hannover gegenüber hat es Preußen in wochenlangen Unterhandlungen wahrlich nicht an Vorstellungen, Warnungen und Drohungen fehlen lassen. Keinem Staate sind zudem so billige Bedingungen gestellt worden wie Hannover.

Die erste Warnung erging schon am 1. April, als Hannover unter nichtigem Vorwande die Absicht bekundete, seine Urlauber einzuziehen. Prinz Henburg hatte zu erklären, daß „Preußen schon mit Rücksicht auf seine geographische Gestalt eine bewaffnete Neutralität Hannovers nicht dulden könne“. Als dann trotz aller Beschwichtigungsversuche die Urlauber am 5. Mai dennoch einberufen wurden, erfolgte am 9. Mai eine weitere Warnung. „Der König von Preußen, so hieß es, habe niemals die Absicht gehabt, die Souveränität deutscher Fürsten anzutasten oder zu gefährden. Wenn wir aber jetzt auch bei denjenigen Regierungen, welche die Natur der Dinge und das Verhältnis der geographischen Lage zu unsern natürlichen Bundesgenossen ebenso sehr in ihrem eignen als in unserm Interesse machen sollten, einer feindseligen Tendenz begegnen, die unsre eigne Sicherheit gefährdet, so kann es nicht ausbleiben, daß wir jede andre Rücksicht dem Bedürfnisse der Selbsterhaltung unterordnen. Seine Majestät der König darf und wird alsdann keinen andern Beweggrund anerkennen als die Pflichten gegen sein Land; und selbst die Rücksicht auf einen ihm so nahe stehenden Monarchen wie der König von Hannover wird dagegen zurücktreten.“ Infolge dieses offenen und ernstern Tones hat sich der hannoversche Ministerrat anfänglich geneigt gezeigt, der preussischen Forderung nachzugeben. Schließlich blieb es aber doch bei der in allerhand Friedensversicherungen eingewickelten Ablehnung. Nun verlangte Preußen am 20. Mai auf Grund der Gewährleistung der Unabhängigkeit Hannovers in einem neuen Bundesverhältnis den sofortigen Abschluß eines Neutralitätsvertrags; und in einer zweiten Depesche von diesem Tage wurde auf die Folgen hingewiesen, die, wie sich auch der Ausfall des Krieges gestalten möge, die Gegner Preußens unter den deutschen Staaten zu tragen haben würden.

Da erschien, ebenfalls an demselben Tage, in besondrer Mission mit einem kaiserlichen Handschreiben der österreichische Gesandte Prinz Solms, ein Stiefbruder König Georgs, in Hannover und drängte, indem er einen bestimmt bezeichneten Territorialerwerb in Aussicht stellte, zu einem schnell abzuschließenden Bündnis mit Osterreich, dessen militärische Machtstellung er ungebührlich übertrieb. Der König lehnte im Hinblick auf die immerhin gefährdete territoriale Lage seines Landes das offene Bündnis zwar ab; er wollte sich auch von Osterreich nicht drängen lassen. Solms erreichte aber doch den Abbruch der schon angebahnten Verhandlungen mit Preußen. Als solchergestalt „unvorborne Macht“ und für alle Fälle gerüstet, glaubte der König den ihm gar nicht zweifelhaften Ausfall des eisernen Würfelspiels zunächst ruhig abwarten zu können.

Die verführerische Lockung Oesterreichs, als ein Schicksalswink für die sich offenbar vorbereitende Verwirklichung traditioneller Vergrößerungswünsche aufgefaßt, mag wohl verfangen haben. Dazu kamen die Einflüsse des Boudoirs, die alte, tief eingewurzelte Abneigung gegen den mächtigen Nachbarstaat und dessen Hegemonie. So wirkte alles zusammen, dem unbändig stolzen Manne den Rest politischen Urteils gerade dann zu rauben, als er dessen am dringendsten bedurft hätte. Von da an nahm das Verhängnis unaufhaltsam seinen dramatischen Verlauf. Und so stand es auch wohl in den Sternen geschrieben.

Die nächste Folge des Erscheinens des Prinzen Solms war die schon vierundzwanzig Stunden darauf erfolgende, sehr klar und bestimmt gefaßte Erneuerung der preussischen Forderungen, die Prinz Hsenburg überreichte mit dem Zusatz: „unbewaffneter Neutralität selbst bei angeordneter Mobilmachung durch (rechtswidrigen) Bundesbeschluß. Das Stattgeben einer solchen müsse als Kriegsfall angesehen werden.“

Bei den Verhandlungen hierüber hat Prinz Hsenburg ehrlich sein ganzes Bestreben eingesetzt, durch die ernstesten Vorstellungen das Unheil abzuwenden. Sein freundschaftliches Verhältnis zur königlichen Familie gestattete es ihm, seinen Bemühungen weitere Grenzen zu ziehen, als sonst möglich und rätlich gewesen wäre; und es hat auch Momente gegeben, wo er auf einen Erfolg hoffen zu dürfen geglaubt hat. Umsonst; weder in des Königs unmittelbarer Umgebung noch im Ministerium befand sich jemand, der Einsicht genug und beim Aufdämmern einer solchen den Willen oder den Mut gehabt hätte, die Vorstellungen des Gesandten nachhaltig zu unterstützen. Auch nicht der Mann, dessen Sache und Pflicht es vor allem gewesen wäre, Graf Platen, der Minister des Auswärtigen. Ganz gewiß mochte es nicht leicht sein, den festgewurzelten Grundsätzen und Vorurteilen des sonst gütigen, aber gerade im Stolze seines Souveränitäts- und Machtgefühls gleich seinem herrischen Vater so unnahbaren, äußerst reizbaren und dann geradezu harten Monarchen entgegenzutreten. Ob Platen, sofern er die Gefahr in ihrem vollen Umfange erkannte, hierzu den ernstesten Versuch gemacht hat, muß dahingestellt bleiben. Es ist aber füglich zu bezweifeln, weil er andernfalls pflichtmäßig durch Demission die Folgerung hätte ziehen müssen. Jedenfalls trägt er samt dem Ministerium die ganze Verantwortung.

Graf Platen war eben mehr Hofmann als verantwortlicher Minister. Willig und geschickt schmiegte er sich dem eigenartigen Ideenkreise seines Herrn an, dem er deshalb weniger als charaktervoller Ratgeber diente denn als ein bequemer Interpret und Vertreter seines souveränen Willens. Platen war entschieden befähigt und auch geschäftsgewandt. Zum Grafen Bismarck, der ihn schätzte, hatte er in freundschaftlichen Beziehungen gestanden. Von außerordentlicher weltmännischer Gewandtheit, liebenswürdig, ein anmutiger Plauderer, aber glatt wie ein Mal und nicht ganz zuverlässig, verwaltete er sein bei der Blindheit des Königs doppelt verantwortliches Amt „nach den abgenutzten Rezepten

und Praktiken der alten Metternich'schen Schule". So suchte er auch jetzt noch der Entscheidung auszuweichen, sie hinzuhalten, indem er sich den Anschein gab, als halte er alle bestehenden Differenzen nur für bedauerliche Mißverständnisse, die sich bei den nahen verwandtschaftlichen Beziehungen beider Fürstenhäuser zweifellos und unschwer beseitigen ließen — sofern man nur nicht drängte. „Der König, gab er zur Antwort, hege keine feindlichen Absichten gegen Preußen; aber er müsse und wolle durchaus Herr seiner freien, souveränen Entschliessungen bleiben und daher auch rüsten können, besonders wenn ein Bundesbeschluß ihn etwa dazu verpflichten sollte.“

Nach diesen durchsichtigen Erklärungen kam Prinz Osnenburg gemäß der ihm erteilten Instruktion aus eigener Initiative nicht wieder darauf zurück. Aber statt seiner erschien nun der Großherzog von Oldenburg am Hoflager zu Herrenhausen, um, ohne widerlegt werden zu können, seinem königlichen Herrn Schwager „auf den Kopf zuzusagen“, wie wohl er wisse, was Österreich ihm, dem König, als Bündnispreis auf Oldenburgs Kosten versprochen habe; „und Du hast zugesagt, das hätte ich von Dir nicht erwartet.“

Und in weitem Widerspruch mit seinen abgegebenen beruhigenden Erklärungen setzte sich das hannoversche Kabinett. Denn als Österreich schon am 24. Mai den Krieg für unvermeidlich erklärte und der französische Gesandte beim Bundestage ausführte, daß Napoleon, einverstanden mit Österreichs Beschützung der deutschen Mittelstaaten, die Zeit für diese gekommen erachtete, zu zeigen, daß sie ihres Daseins würdig seien — da versicherte Hannover ausdrücklich seine unbedingte Bundestreue. Damit hatte sich der Welfenstaat an Österreichs Seite gestellt. So nahte der 14. Juni, der beim Bundestage in Frankfurt die endgiltige Entscheidung bringen sollte. Eine ungeheure Spannung lastete in diesen gewitterschwülen Tagen auf ganz Deutschland, es lag wie schwerer Apdruß auf allen Gemüthern. War auch das eine gewiß, daß ein ungeheurer Kampf bevorstand, wie aber würde sich die Parteinahme, davon abhängig der Ausfall des Krieges und dann vor allem das Schicksal Deutschlands gestalten?



Ein deutsches Reichsblatt

Von Staatsanwalt Martell Spatz in Gnesen



n den letzten Monaten hat, an Umfang und Inhalt sichtlich zunehmend, eine Bewegung begonnen, die für die innerpolitischen Verhältnisse des Deutschen Reiches von großer Bedeutung zu werden verspricht. Zahlreiche Männer von angesehener Stellung und politischer Erfahrung erheben und vertreten die Forderung nach Einführung der „deutschen Bürgerkunde“ in Seminaren, Fachschulen, Fortbildungsschulen, Hochschulen. Schon die Jugend soll Kenntnis erhalten von den